



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XIV/228 - 8. Oktober 1959

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831-33  
Fernschreiber 0 836 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	Nicht den Zug verpassen ! Zur 4. Länderkonferenz der SPD Von Dr. Horst Heidermann	65
3	Glückliches Österreich Scharf auf Staatsbesuch in der Sowjetunion	43
4	EFTA - mit oder gegen die EWG Die "äusseren Sieben" in der letzten Verhandlungsphase	40
5 - 6	Ohne akademische Klausur Deutsch-russischer Studentenaustausch im Gang	67
7	Hilferuf aus Genf Flüchtlinge vor verschlossenen Grenzen	30

\* \* \*  
\* \* \*

Zur Beachtung: "Jahrgang 1922 repräsentiert die Kriegsgeneration", darüber schreibt morgen im SPD-Pressediens Hans Werten, MdB, Mitglied des Verteidigungsausschusses im Bundestag.

Nicht den Zug verpassen!

Von Dr. Horst Heidermann

Als das Grundgesetz geschaffen wurde, konnte noch niemand übersehen, daß den Bundesländern mit der "Kulturhoheit" Aufgaben zugewiesen wurden, die in der modernen Industriegesellschaft ständig mehr Bedeutung gewinnen, ja, darüber entscheiden, ob wir unter den Bedingungen moderner Produktion lebendige Demokratie verwirklichen können. Dieser von Waldemar von Knoeringen geäußerte Gedanke bildete gleichsam den Hintergrund der Verhandlungen der 4. Länderkonferenz der SPD am 7. Oktober in Bonn.

Auf der Tagesordnung standen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 16. Juni 1959 über die Tilgung der Ausgleichsforderungen und die sich daraus ergebenden Konsequenzen, Maßnahmen zur Förderung des Sports, ein Gesetzentwurf zur Begabtenförderung, die Stärkung der Stellung des Wissenschaftsrates, die kulturpolitischen Verhandlungen zwischen Bund und Ländern und die Durchführung des Rahmenplanes des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen.

Die sehr eingehenden Beratungen machten wieder einmal deutlich, daß eine wirklich durchgreifende Lösung der kulturpolitischen Aufgaben nicht ohne Änderung der Mehrheitsverhältnisse im Bundestag und in einigen Landtagen möglich ist. So wird auch das BVG-Urteil kaum die Entlastung bringen können, die die Länder benötigen, um die geradezu explosionsartig anwachsenden Ausgaben der Kultushaushalte finanzieren zu können. Der Wille des Bundesfinanzministers, bei jeder stärkeren Verschiebung der Finanzlast die Revisionsklausel des Art. 106 GG anzuwenden, wird vermutlich kaum auf entscheidenden Widerstand der CDU-Länderregierungen stoßen. Was diese finanzielle Einengung für die Länder bedeutet, wurde geradezu erschreckend deutlich angesichts der Notwendigkeit, zur Sicherung der Volksgesundheit in den nächsten Jahren nicht weniger als 6,3 Milliarden DM zum Bau von Sportanlagen, Turnhallen, Freibädern, Hallenbädern usw. auszugeben.

Aber nicht nur die Förderung des Sports kostet Geld; auch die vorgeschlagene Regelung der Begabtenförderung durch in den Grundgedanken übereinstimmende Gesetze in den einzelnen Bundesländern erfordert neue Mittel.

Der Wissenschaftsrat, der voraussichtlich Mitte des kommenden Jahres seine Planungen abschließen kann, wird ebenfalls an Bund und Länder mit erheblichen finanziellen Forderungen herantreten. Ein von der Länderkonferenz in den Grundzügen verabschiedeter und der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion überwiesener Gesetzentwurf über eine "Stiftung Wissenschaftsrat" soll die Stellung des Wissenschaftsrates stärken und ihm eine größere Autorität geben.

Nicht zuletzt ist auch der Rahmenplan des Deutschen Ausschusses mit erheblichen zusätzlichen Ausgaben für den Ausbau des Schulwesens verbunden. Schon der erste Schritt, den die Kultusminister mit der allgemeinen Einführung des 9. Schuljahres beschlossen haben, stellt den meisten Bundesländern die Aufgabe, eine große Anzahl von Lehrern und Schulräumen zusätzlich bereitzustellen. Die Länderkonferenz begrüßte den Beschluß der Kultusminister, die Oberstufe der Gymnasien im Sinne der Vorschläge des Deutschen Ausschusses umzugestalten und neue Auswahlmethoden für den Übergang zu den Oberschulen zu schaffen.

Das Fazit: Je gründlicher man in die Einzelberatung der kulturpolitischen Forderungen des Tages einsteigt - wie dies auf der Länderkonferenz geschah -, umso deutlicher wird es, daß die Bundesrepublik die Förderung unseres Erziehungs- und Bildungswesens endlich auch finanzpolitisch zu einem Schwerpunkt machen muß. Sie wird darüber hinaus durch den ernsthaften Willen, der gemeinsamen Sache zu dienen, den Weg finden müssen, hohe Investitionen im Bildungswesen vorzunehmen, ohne daß die föderalistische Struktur der Bundesrepublik, und damit ein konstitutives Element lebendiger Demokratie, gefährdet wird. Wahrlich keine leichten Aufgaben!

Im Augenblick sieht es nicht so aus, als ob die regierende Mehrheit wirklich begriffen hätte, worum es geht, wo sie sich stellen muß, und wie große ihre Verantwortung gegenüber dem deutschen Volk ist.

Die Sozialdemokratische Partei wird nicht aufhören, in sachlicher Kleinarbeit und in unüberhörbaren Appellen das zu tun, was ihre Pflicht ist. Die CDU/CSU trägt die Verantwortung, wenn wir den Zug verpassen.

### Glückliches Österreich

sp - Seit einigen Tagen befindet sich der österreichische Bundespräsident Dr. Schärff, begleitet von einem grösseren Gefolge, auf einem Staatsbesuch in der Sowjetunion. Es gab einmal eine Zeit, und sie liegt noch nicht so lange zurück, in der Reisen österreichischer Politiker in die Sowjetunion in westlichen Ländern auf Misstrauen stiessen und Verdächtigungen auslösten. Die erste Reise Schärffs, die er damals mit Bundeskanzler Raab nach Moskau unternahm, erfolgte im Mai 1955. Sie trug unerwartet reiche Früchte. Die österreichischen Staatsmänner kehrten aus Moskau heim mit der sowjetischen Zustimmung zum österreichischen Staatsvertrag. Der Preis, den Österreich dafür zahlen musste, war die Verpflichtung zu immerwährender Neutralität, eine Verpflichtung, an die sich Wien streng gehalten hat.

Österreich fiel dieser Preis nicht schwer. In den zehn Jahren der Besatzungszeit hüteten sich beide grossen Parteien, die österreichischen Sozialisten und die österreichische Volkspartei, eine Politik zu führen, die es den Sowjetrussen unmöglich gemacht hätte, den von ihnen besetzten Teil Österreichs aufzugeben. Das hiess freilich nicht Unterstützung für die österreichischen Kommunisten. Diese bekamen die Abwehrkraft der österreichischen Demokratie hart zu spüren. Unter Innenminister Helmer führten die österreichischen Sozialisten gerade im russisch besetzten Teil Österreichs einen heroischen Kampf gegen die kommunistische Wählerarbeit, und als die Kommunisten einmal in Wien selbst zu einem Putsch ansetzten, wurden sie von der österreichischen Arbeitern eindeutig zurückgewiesen.

Auf die Haltung der Sowjetunion zu Österreich hatte der Abwehrkampf der österreichischen Demokratie keinen Einfluss. Die Beziehungen zwischen beiden Ländern haben sich seit der Unterzeichnung des Staatsvertrages mehr als korrekt entwickelt, das gute Verhältnis hielt auch der Belastungsprobe durch den Aufstand in Ungarn stand, als Österreich seine Grenzen für Hunderttausende von Flüchtlingen öffnete. In den folgenden Jahren zeigten sich die Sowjetrussen recht grosszügig, sie gewährten Wien Erleichterungen der ihm auferlegten Reparationen. Bisher sind mehr als zwei Drittel der noch fälligen Reparationen bezahlt worden. In den noch zu führenden neuen Handelsvertrags-Verhandlungen zwischen Wien und Moskau dürfte das Volumen des gegenseitigen Handels noch mehr vergrössert werden.

Die österreichische Diplomatie hat in diesen vergangenen Jahren Wunderleistungen von Geschmeidigkeit und Festigkeit vollbracht. Sie verstand es, ihr Land aus dem Stand eines Besatzungslandes in den Rang eines freien und von West und Ost respektierten souveränen Staates zu erheben. Äusserer Ausdruck davon sind die grossen Ehrungen, die dem österreichischen Staatspräsidenten nun von sowjetischer Seite erwiesen werden.

EFTA - mit oder gegen die EWG

Gh. W. Seit dem 8. September tagen in der schwedischen Hauptstadt etwa fünfzig Wirtschaftsfachleute aus den sieben Mitgliedsländern der sogenannten 'kleinen Freihandelszone'. Die Experten sind beauftragt, die restlichen noch ungeklärten Fragen des wirtschaftlichen Zusammenschlusses zu klären und einen Konventionstext für die Handelsgemeinschaft bis zum 1. November auszuarbeiten. Wie aus gut informierten Quellen zu erfahren ist, befindet sich die Arbeit nun, nach Hinzuziehung von weiteren zwanzig höheren Regierungsbeamten aus Grossbritannien, Schweden, Norwegen, Danemark, Österreich, Portugal und der Schweiz, in der 'abschliessenden und entscheidenden Phase'. Aus Konferenzkreisen war zu erfahren, dass zuversichtlich damit zu rechnen sei, dass der Vertragstext nunmehr fristgerecht vorgelegt werden kann.

Der bereits ausgearbeitete Fahrplan sieht anschliessend eine sofortige Bestätigung der Arbeitsergebnisse und die Unterzeichnung der Freihandelskonvention durch die Aussen- resp. Handelsminister der Mitgliedsländer vor. Im Herbst sollen die einzelnen Parlamente den Stockholmer Beschluss ratifizieren, damit die Wirtschaftsgemeinschaft zum Jahreswechsel offiziell in Erscheinung treten kann. Die erste zwanzigprozentige Zollsenkung soll zum 1. 7. 1960 erfolgen. Die provisorische Bezeichnung 'äusseren Sieben' oder 'kleine Freihandelszone' wird in Kürze durch die offizielle Bezeichnung EFTA (European Free Trade Area) ersetzt werden. Ein Sonderausschuss berät gegenwärtig über die Form der Publizierung und Werbung für die EFTA. Als Hauptstadt der Gemeinschaft wird immer noch Kopenhagen oder Paris genannt.

Die bisher noch ungelösten Probleme, für die in Stockholm Sonderausschüsse eingesetzt wurden, sind: das Ursprungsproblem, die Stellung der Faröer-Inseln und Grönlands, sowie der norwegisch-britische Fischereivertrag. Letztere Frage wird nach wie vor als 'sehr schwierig' bezeichnet, da der Komplex mit der 12-Meilen-Schutzzone eng verknüpft ist. Ungeklärt ist weiterhin die Lage Irlands und Finnlands. Irland hat die bereits angekündigte Beobachterdelegation nicht nach Stockholm entsandt, während Finnland durch einen hohen Regierungsbeamten vertreten ist. In der finnischen Hauptstadt wurde in letzter Zeit verschiedentlich von massgeblicher Stelle erklärt, dass ein indirekter Anschluss Finnlands über eine Präferenzzone an die EFTA am ehesten den finnischen Vorstellungen entsprechen würde. Interessant erscheint es, dass man in Stockholm von Anfang an jeden 'Bürokratismus' und jede Form eines 'aufgeblasenen Verwaltungsapparates' vermeiden will. Die Kosten sollen - im Gegensatz zur EWG - so niedrig wie möglich gehalten werden. Der schwedische Handelsminister erklärte, dass es frühestens im Frühjahr 1960 zu einem Kontakt zwischen der EWG und der EFTA kommen wird.

OHNE AKADEMISCHE KLAUSUR

Drei deutsche Studenten aus der Bundesrepublik hören in diesen Tagen ihre ersten Vorlesungen an der Moskauer Lomonossow-Universität. Sie wohnen zusammen mit sowjetischen Studenten in einem Studentenheim; sie essen mit ihren Kommilitonen aus Moskau, Wladiwostok oder Tiflis an einem Tisch in der Mensa, und in wenigen Wochen werden sie sich, gleich ihren russischen Kollegen, nach einer Pelzmütze umsehen müssen, denn sie bleiben das Wintersemester über in der sowjetischen Metropole.

Im Rahmen eines vom Verband Deutscher Studentenschaften vereinbarten Stipendienprogramms - außerhalb der Kulturvereinbarung zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion - reisten diese drei westdeutschen Studenten Mitte September nach Moskau. Drei sowjetische Stipendiaten werden in wenigen Wochen als Gäste des VDS in der Bundesrepublik eintreffen, um ein Semester bei uns zu studieren.

Beide Gruppen werden bald Landsleute an den Hochschulen ihres Gastlandes treffen: Je zehn russische und westdeutsche Studenten werden im Rahmen der deutsch-sowjetischen Kulturvereinbarung noch in diesem Monat auf die Reise gehen, um für ein Jahr im Partnerland zu studieren.

Die deutschen Studenten werden sich nicht nur hinter Büchern und in den Seminaren vergraben. Sie werden mit ihren sowjetischen Kollegen diskutieren und feiern, Freunde gewinnen und auch manche Meinungsverschiedenheit austragen. So mag mancher von ihnen nach einem Jahr zurückkehren mit einem genauen und lebhaften Eindruck des Alltags an den sowjetischen Hochschulen. Sie werden es nicht leicht haben, doch man wird ihnen als jungen Menschen den guten Willen als Kredit einräumen, trotz aller politischer Differenzen.

Auch der Hochschulaustausch mit der Sowjetunion steht gleich allen internationalen Hochschulbeziehungen im Schnittpunkt der Kraftfelder des Wissenschaftsinteresses und der auswärtigen Politik. Die Studenten reisen nicht nur in die Sowjetunion, um speziellen Forschungsinteressen nachzugehen. Denn die Entwicklung unserer Wissenschaft ist heute nicht mehr in nationaler Beschränkung, sondern nur noch in internationaler Verflechtung denkbar. Sie haben gleichermaßen die Aufgabe, die sowjetische Wirklichkeit in allen ihren Lebensäußerungen kennen und beurteilen zu lernen. Nicht zuletzt werden sie sachlich und nüchtern, ohne poli-

tisch gezielten Missionsdrang, aber selbstverständlich und selbstbewußt, wenn sie gefragt werden, ihre Gastgeber über die Bundesrepublik informieren zu müssen.

Unrichtige Vorstellungen über die Gegenwart, bittere Erinnerungen an die in unserem Namen und von uns bewirkten furchtbaren Ereignisse der Kriegszeit wie auch der bei uns geschehenen Schrecken der Nachkriegszeit - im Grundsatz verschiedene politische Auffassungen -, das sind Bedingungen des sowjetischen und auch unseren Alltags, denen sich gerade die Studenten nicht entziehen können und sollen.

Auch die sowjetischen Studenten an unseren Hochschulen werden nicht in der akademischen Klausur bleiben wollen. Ebenso, wie wir bereit sind, ihnen unser Land und unsere Lebensverhältnisse, auch unsere Schwierigkeiten zu zeigen, haben wir Fragen an sie. Jeder von ihnen wird, neben seinem wissenschaftlichen Studium, ein "Botschafter des guten Willens" sein können. Auf beiden Seiten gibt es Vorurteile und Vorbehalte, die es zu überwinden gilt.

Der Verband Deutscher Studentenschaften hat sich seit langer ebenso wie die Bonner Botschaft in Moskau und wie mancher Kenner der osteuropäischen Verhältnisse für einen Kulturaustausch mit der Sowjetunion eingesetzt. Die fruchtbaren Auswirkungen dieser nun verwirklichten ersten Verbindungen soll man sicherlich nicht überschätzen. Die Studentenschaft weiß, daß sich diese wie andere internationalen Kulturbeziehungen nicht im politisch wertfreien Raum vollziehen. Doch gerade ein sicheres politisches Selbstbewußtsein erlaubt ein Gespräch über die Grenzen hinweg.

Ob sich die Erwartungen der Studenten - entgegen allen warnenden Stimmen - hinsichtlich eines fairen Hochschulaustausches mit der Sowjetunion erfüllen, wird sich in den nächsten Monaten erweisen. Daß es allerdings für westdeutsche Studenten eher möglich ist, in Moskau oder Leningrad zu studieren, als an den Universitäten von Jena und Leipzig, ist eine historische Groteske. Auf diese verzweifelte Lage unseres Volkes mit allem Nachdruck hinzuweisen, sollten wir in der Sowjetunion nicht versäumen.

"Informationen aus der Studentenschaft"

### Hilferuf aus Genf

KvK. Vom "Sonderkomitee für das Weltflüchtlingsjahr" wird eine erschütternde Nachricht verbreitet, die zu denken geben sollte.

Viele Flüchtlinge, die nach einer Odyssee und unendlichen Mühseligkeiten endlich ein rettendes Asyl gefunden zu haben glaubten, sind in letzter Zeit wieder in ihre Herkunftsländer zurückgesandt worden. Wie man vernimmt, haben die griechischen Behörden 95 Prozent aller Flüchtlinge aus Bulgarien und Albanien wieder an die Grenzen gestellt. Man hat sich nicht einmal die Mühe gemacht zu prüfen, was für einem Schicksal sie eventuell entgegen gehen. Die italienischen Behörden sandten nach den Mitteilungen des Komitees in Genf rund 30 bis 40 Prozent jugoslawischer Flüchtlinge zurück. Auch die österreichischen Behörden haben jugoslawische und sogar ungarische Flüchtlinge wieder einem ungewissen Schicksal preisgegeben. Die österreichischen Behörden berufen sich dabei auf Erklärungen ungarischer Stellen, es würde zurückkehrenden Flüchtlingen nichts widerfahren. Und das nach den Erfahrungen mit Imre Nagy.

Aber auch westdeutsche Stellen sollen, wie mitgeteilt wird, 50 Prozent nichtdeutscher Asylsuchenden den Flüchtlingsstatus verweigert haben.

Gerade im "Weltflüchtlingsjahr" muss man erleben, dass Paragraphen der Polizeibehörden stärker sind als der humanitäre Geist, der das "Sonderkomitee für das Weltflüchtlingsjahr" in's Leben gerufen hat. Ob schon vergessen worden ist, dass 59 Nationen beschlossen haben, die brennende Frage der Millionen von Flüchtlingen einer Lösung entgegenzuführen? War nicht der Zweck dieses Beschlusses, das Los der Heimatlosen zu erleichtern, statt durch Bestimmungen und Handlungen diese Verfolgten einer immerwährenden Angst auszusetzen und sie nie zur Ruhe kommen zu lassen? Anscheinend müssen wir alle erst einmal durch das gleiche Leid gehen, ehe wir für eine solche Qual genügend Verständnis aufbringen.

+ + +

-----  
Verantwortlich: Günter Markscheffel